

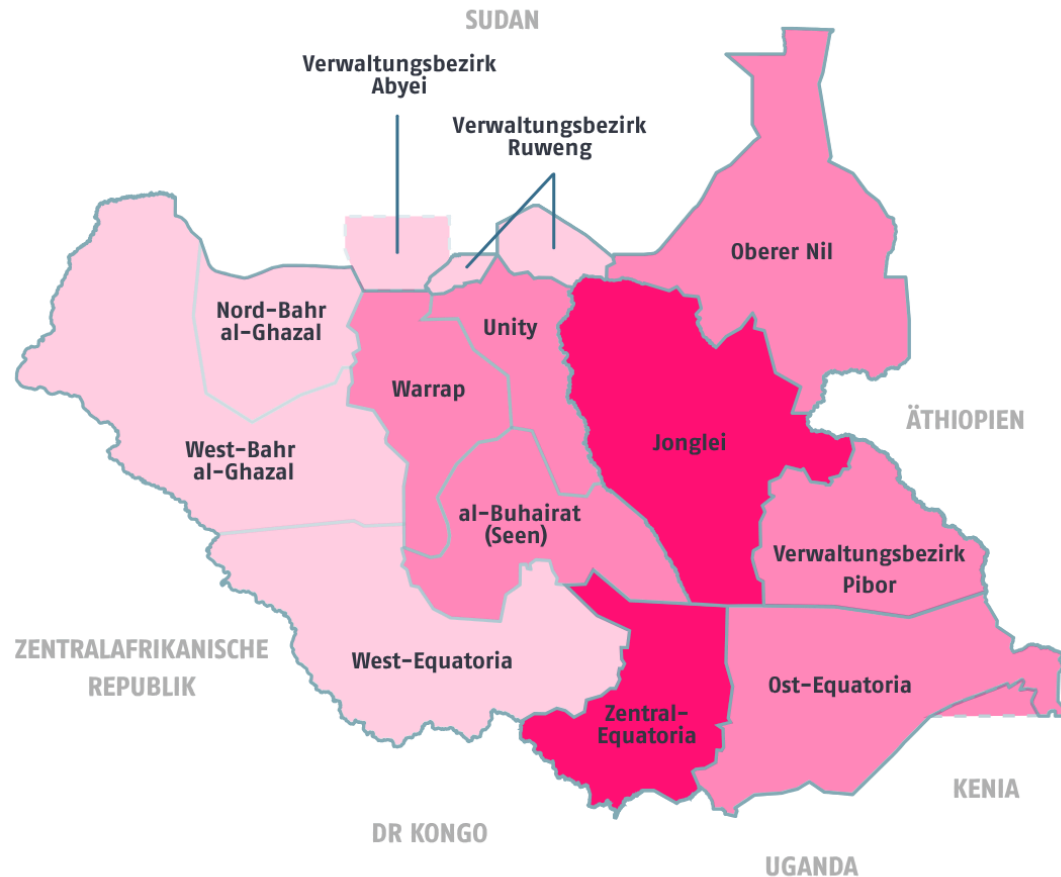


Der Südsudan liegt in Ostafrika und grenzt im Norden an den Sudan, im Osten an Äthiopien, im Süden an Kenia, Uganda und die Demokratische Republik Kongo sowie im Westen an die Zentralafrikanische Republik.

Der jüngste Staat der Welt erlangte am 9. Juli 2011 seine Unabhängigkeit. Von 2013 bis 2018 zwang ein Bürgerkrieg Tausende zur Flucht. Seit 2024 eskaliert die Gewalt erneut.

Heute sind die Menschen im Südsudan gleichzeitig mit mehreren Krisen konfrontiert. Ärzte ohne Grenzen leistet mit 3.400 Mitarbeitenden medizinische Nothilfe. Neben ambulanter und stationärer medizinischer Versorgung kümmert sich die Organisation unter anderem um die Eindämmung von Krankheitsausbrüchen.

SÜDSUDAN: ESKALIERENDE GEWALT



Je dunkler der Farbton, desto mehr Menschen sind im jeweiligen Bundesstaat von Kämpfen und Gewalt betroffen.

Bitte beachten: Vereinfachte Darstellung zur Information, nicht zur Veröffentlichung.

Datenbasis und detaillierte Aufschlüsselung: [Acledate](#), Mai 2026

Im Jahr 2025 erlebte der Südsudan die stärkste Eskalation des bewaffneten Konflikts seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens im Jahr 2018, das die Kämpfe jedoch nicht befriedet hat.

Regierungstruppen, Opposition und Milizen kämpfen im Land um politische Macht und Ressourcen.

Im Jahr 2025 gab es 138 Luftangriffe, während es in 2024 nur 2 waren. Landesweit wurden fast 2.000 Zivilist*innen getötet (Anstieg von 59% gegenüber 2024) und über 320.000 Menschen wurden neu vertrieben.

Ärzte ohne Grenzen beobachtet auch, dass die gezielte und willkürliche Gewalt gegen Zivilist*innen eine neue Dimension angenommen hat, inklusive extremer sexualisierte Gewalt insbesondere gegen Frauen und Mädchen und Zwangsrekrutierungen von Männern und Jungen.

SÜDSUDAN: FLUCHT UND VERTREIBUNG



Je dunkler der Farbton, desto mehr Binnenvertriebene, Geflüchtete und Heimkehrende leben in den jeweiligen Bundesstaaten.

Bitte beachten: Vereinfachte Darstellung zur Information, nicht zur Veröffentlichung.

Datenbasis und detaillierte Aufschlüsselung: [UNHCR, Februar 2026](#)

Mehr als 1,8 Millionen Menschen sind aufgrund von Gewalt oder Überschwemmungen innerhalb des Landes vertrieben. Mehr als eine halbe Million Menschen aus dem Sudan suchen im Südsudan Zuflucht und mehr als 1,6 Millionen Südsudan*innen, die einst vor der Gewalt des Bürgerkrieges aus dem Land geflohen waren, sind seit dem Friedensabkommen von 2018 zurückgekehrt.

Diese Menschen leben größtenteils in provisorischen Camps oder werden von Gemeinden aufgenommen, deren Infrastruktur und Lebensgrundlage nicht für eine so große Zahl an Menschen ausgelegt ist.

SÜDSUDAN: ÜBERFLUTUNGEN



Je dunkler der Farbton, desto stärker sind die Menschen von den Überschwemmungen betroffen und werden durch sie zur Flucht gezwungen.

Bitte beachten: Vereinfachte Darstellung zur Information, nicht zur Veröffentlichung.

Datenbasis und detaillierte Aufschlüsselung: [OCHA, Oktober 2025](#)

1,4 Millionen Menschen waren 2024/2025 von Überschwemmungen betroffen. Die saisonalen Überschwemmungen in den Regionen werden durch die Klimakrise verstärkt. Besonders heftig waren die Überflutungen 2021, seither zieht sich das Wasser vielerorts in den Feuchtgebieten entlang des Nils nicht mehr zurück, ehe es zu neuen Überschwemmungen im Folgejahr kommt.

Folgen dieser auf die Klimakrise zurückzuführenden Ereignisse sind: Verlust von Lebensgrundlagen, Ernährungsunsicherheit, akute Mangelernährung und Flucht sowie Ausbrüche von wasser- und vektorübertragbaren Krankheiten wie Cholera oder Malaria und ein erschwerter Zugang zu Gesundheitsversorgung.

SÜDSUDAN: MANGELERNÄHRUNG



Je dunkler der Farbton, desto höher die IPC Kategorisierung (3–5) in den Bezirken der jeweiligen Bundesstaaten.

Bitte beachten: Vereinfachte Darstellung zur Information, nicht zur Veröffentlichung.

Datenbasis und detaillierte Aufschlüsselung: [IPC-Projektion April bis Juni 2026](#)

Im Südsudan nimmt Ernährungsunsicherheit und akute Mangelernährung laut IPC zu: Mehr als 7,8 Millionen Menschen sind von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen. Viele von ihnen sind dringend auf humanitäre Unterstützung, einschließlich Lebensmittelhilfen angewiesen.

Für einige Bezirke in den Bundesstaaten Oberer Nil und Jonglei warnt IPC vor dem Risiko einer Hungersnot (Nyiröl, Ulang, Luakpiny/Nasir).